A-09-204 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Antragsteller*in: Deborah Düring (KV Frankfurt)

Änderungsantrag zu A-09

Von Zeile 203 bis 208:

die Ukraine aufstocken und sie auch diplomatisch, mit humanitärer Hilfe und finanziell stärker unterstützen. Die deutsche Bundesregierung muss endlich dafür sorgen, dass die eingefrorenen russischen Vermögen dafür eingesetzt werden können. Vorschläge dafür liegen von der Europäischen Kommission auf dem Tisch – es wird endlich Zeit, diese Gelder zu nutzen! Ja, dies birgt auch Risiken. Aber die Ukrainer gehen nun seit Jahren täglich für uns ins Risiko.

Denn auch der ständige Wiederaufbau der Ukraine ist eine Form des Widerstandes.

Die deutsche Bundesregierung muss endlich dafür sorgen, dass die eingefrorenen russischen Vermögen

im Einklang mit dem Völkerrecht und in Abstimmung mit den G7-Staaten

dafür eingesetzt werden können. Vorschläge dafür liegen von der Europäischen Kommission auf dem Tisch – es wird endlich Zeit, diese Gelder zu nutzen! Ja, dies birgt auch Risiken. Aber die Ukrainer gehen nun seit Jahren täglich für uns ins Risiko.

Begründung

Auch der tagtägliche Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur, wie Energieversorgung, Krankenhäuser und Schulen, ist eine Form des Widerstandes. Deutschland hat in der Vergangenheit viel in diesem Bereich unterstützt. Dieses Engagment darf nicht nachlassen, denn der Wiederaufbau der Ukraine ist eine Art des Widerstandes gegen die russische Zerstörung.

Für uns ist klar, dass die Verwendung der russischen Vermögenswerte rechtssicher/ im Einklang mit dem Völkerrecht einhergehen muss, damit das Völkerrecht keinen Schaden nimmt. Des Weiteren ist für uns wichtig, dass die Verwendung der russischen Vermögenswerte in Abstimmung mit den G7 geschehen, um das Risiko eines möglichen internationalen Vertrauensverlustes in den Euroraum zu minimieren und die Stabilität der Währungen zu garantieren.

weitere Antragsteller*innen

Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Titus Dharmababu (KV Frankfurt); Matthias Kuponiyi-Böff (KV Main-Kinzig); Malte Gerlach (KV Kassel-Stadt); Senem Bozdag (KV Offenbach-Stadt); Antje Sander (KV Darmstadt); Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck); Katrin Haus (KV Frankfurt); Laura Lotte Häußler (KV Braunschweig); Antje Westhues (KV Bochum); Alyssa Ammelung (KV Köln); Carlos Echegoyen (KV Bonn); Joachim Mietusch (KV Gießen); Radosawa Stomporowski (KV Bonn); Thomas Schlimme (KV Frankfurt); Sabine Häuser-Eltgen (KV Limburg-Weilburg); Ute Koczy (KV Lippe); Nicolas Grande (KV Kassel-Stadt); Christoph Rosenbaum (KV Frankfurt); sowie 38 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.